

INTERVIEW

Vorschriften, Kostensteigerung und Förderung

Was kann und muss die Politik für Eigentümer & Vermieter machen?

Haus & Grund Landsberg im Gespräch mit dem Bundestagsabgeordneten Michael Kießling

Haus & Grund – Dr. Kappes: Die Vereinfachung, Streichung und Entrümpelung von Bauvorschriften – dies ist ja ein Thema in der Politik seit vielen Jahren. Rückblende in die Zeit, wo Sie bis letzten Sommer Mitglied der Regierungskoalition waren. Was sehen Sie da als erreicht an?

Kießling: Um günstiger zu bauen und auch günstiger Bauland zu erwerben, haben wir in der vergangenen Legislaturperiode zum Beispiel das Baulandmodernisierungsgesetz beschlossen. Damit haben wir unter anderem ver-

einfachtes Baurecht geschaffen – z. B. mit § 13b BauGB, der jetzt aber leider ausläuft. Dann gibt es die sogenannte Verbilligungsrichtlinie der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA), die es ermöglicht – wenn jemand sozialen Wohnraum schafft, so zum Beispiel Kommunen – dass Grundstücke des Bundes verbilligt veräußert werden können.

Zum Thema Bauvorschriften ist es schwieriger: Hier gibt es die unterschiedlichen Landesbauordnungen – bei uns die Bayerische Bauordnung (BayBO), zum anderen die technischen Standards, die Normen, auf die der Bund wenig bis keinen Einfluss hat.

Dr. Kappes: Richtig, dies war konkrete Frage von einem Vereinsmitglied, der Bauträger hier im Landkreis ist und seit Jahrzehnten versucht, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. In Deutschland gibt es wohl zum Thema Brandschutz 5.000 Seiten (!), während in Österreich zu diesem Thema lediglich 70 Seiten Vorschriften vorhanden sind.

Kießling: Als Bürgermeister war ich selbst auch schon Bauherr und dabei war der Brandschutz immer das Thema, wo sich keiner so richtig herantraut, weil es einfach um Leib und Leben geht. Aber wir wissen auch, dass natürlich bei den Brandschutzanforderungen – gerade was den Bestandsschutz betrifft – vieles vereinfacht und erleichtert werden

Bundestagsabgeordneter
Michael Kießling im Gespräch
mit Dr. Florian Kappes



sollte. Aber dort dran zu gehen, ist eine schwierige Geschichte.

Dr. Kappes: Da haben Sie also wenig Hoffnung für eine baldige Vereinfachung ...

Kießling: Um etwas vorzugreifen – die Digitalisierung kann uns hierbei helfen, dass wir den verschiedenen Anforderungen gerecht werden und kostenbewusst respektive kostensicher bauen und planen. Dazu brauchen wir aber wesentlich früher mehr Informationen über ein Gebäude. Dann können wir durch digitale Methoden (Building Information Modeling – BIM) den Prozess des Planens und Bauens mit den Bauvorschriften so vereinen, sodass man schneller wird und nicht mehr so viele Normen bearbeiten muss. Das gleiche gilt für die Baugenehmigung. Da haben wir ja auch das Problem, dass in den Behörden zu wenig Personal da ist und Anträge liegen bleiben. Zwar haben wir in Bayern die Genehmigungsfiktion, um den Prozess zu beschleunigen. Dies hilft aber nur bedingt, weil wir dennoch Bauvorhaben haben, die genehmigt werden müssen.

Dr. Kappes: Wenn die technischen Voraussetzungen stimmen und die Anforderungen an Sicherheit und Datenschutz nicht so hoch geschraubt werden.

Kießling: Was man nicht unterschätzen darf, Digitalisierung heißt nicht, nur ein Formular einfach als PDF abzubilden. Das bringt nichts. Vielmehr müssen die Prozesse dahinter entsprechend angepasst werden. Sie haben einen wichtigen Punkt angesprochen, das ist der Datenschutz – der muss gewährleistet und sicher sein. Aber: Dieser muss auch anwendbar und zugänglich sein – und das ist die Herausforderung.

Dr. Kappes: Letzte Frage zum Themenkreis Normen – Bayerische Bauordnungsnovelle, Abstandsrecht, da wurde ja auch versucht stärker eine Nachverdichtung im Innenbereich zu

ermöglichen, Art. 6 BayBO. In den großen Städten (über 250.000 Einwohner) wurde es ganz ausgenommen und die kleineren Gemeinden konnten durch eine Satzung davon weggehen, von dem eigentlichen Ziel der Novelle, eine Nachverdichtung mit geringeren Abstandsflächen zuzulassen. Wie ist Ihre Erfahrung bzw. Feedback?

Kießling: Im Prinzip ist es gleich, ob wir über die BayBO oder das BauGB sprechen – der Gesetzgeber stellt hier einen Werkzeugkasten zur Verfügung, welchen die Kommune aufgrund ihrer Planungshoheit nutzen kann, aber nicht muss. Das ist auf der Bundeebene mit dem Baugesetzbuch genauso wie auf der Landesebene mit der Bayerischen Bauordnung. Und es ist richtig, dass Kommunen selbstständig darüber entscheiden können, denn Sie wissen vor Ort am besten, was notwendig ist.

Dr. Kappes: Dann darf man sich aber über steigende Bodenpreise nicht weiter beschweren und muss weiter raus wieder in der „freien Landschaft“ Bauland ausweisen.

Kießling: Wenn man sich bei uns im Wahlkreis umsieht, so gibt es durchaus viele Dörfer, wo alte Bauerngehöfte stehen, die nur geringfügig genutzt werden. Da stellt sich die Frage, wie schaffe ich, diesen Innenbereich wieder attraktiv zu machen, zu aktivieren. Wie schaffe ich dort mehr Wohnraum? Gibt es die Möglichkeit, das Gehöft umzubauen, zu erweitern, Wohnungen reinzubauen?

Da kommen wir zu einem Grundsatz der CSU: Mit welchen Anreizen kann ich es schaffen, dass solche Flächen besser genutzt werden können?

Daher haben wir kürzlich im Deutschen Bundestag einen Antrag eingebracht, in welchem wir fordern, Programme zur Eigentumsförderung aufzulegen – z. B. Jung kauft Alt. Es geht uns darum, Anreize gegen den sog. Donut-Effekt zu schaffen. Es sollen also keine neuen Baugebiete um – zum Teil leerer werdende – Dörfer herum entstehen.

Dr. Kappes: Aber unter Wahrung der Abstandsvorschriften?

Kießling: So wie die Kommune das Planungsrecht vorgibt. Die Kommunen sind dort gefordert, mit dem Planungsrecht verantwortungsvoll umzugehen.

Dr. Kappes: Ja, wenn man so eine Durchregierung bis nach unten nicht haben will ...

Kießling: Also ich glaube, dass der Bund nicht der bessere Bauherr ist. Die Kommunen wissen, wo ist etwas zulässig und was man machen kann. Sie können es vor Ort besser bewerten, wie es wirkt, wenn es später sehr dicht bebaut ist. Das alles muss ja auch zusammenpassen.

Dr. Kappes: Nächster Themenkreis wäre die staatliche Förderung von bezahlbarem Wohnraum. Gerade die CSU, der Sie ja angehören, hat sich für das Baukindergeld eingesetzt, dieses wurde ja auch verabschiedet und ausbezahlt. Wie sehen Sie das im Rückblick, wie sehen Sie die aktuelle Ankündigung, dass das auslaufen soll, weil die Mittel zu Ende gehen?

Kießling: Also rückwirkend betrachtet war das Baukindergeld ein voller Erfolg. Wenn man sieht, welche Familien das Geld bekommen haben, dann hat man genau die erreicht, die man auch erreichen wollte damit. So stammen 86 Prozent der Anträge von Familien mit 1 – 2 Kindern, das ist genau das, was wir wollten. Diese Art der Förderung ist wichtig, denn wir wissen, wenn jemand Wohneigentum besitzt, hat er eine Altersvorsorge.

Neben Wohneigentum brauchen wir aber auch Menschen, die Wohnraum für andere zur Verfügung stellen. Wenn man die Strukturen ansieht, wer Wohnraum zur Verfügung stellt, dann sind das 60–70 % Privateigentümer – und auch das muss weiter gefördert und unterstützt werden. Das bedeutet für uns, dass man zum Beispiel im Bereich der Abschreibung wieder tätig werden muss.

„Also ich glaube, dass der Bund nicht der bessere Bauherr ist. Die Kommunen wissen, wo etwas zulässig ist und was man machen kann. Sie können es vor Ort besser bewerten, wie es wirkt, wenn es später sehr dicht bebaut ist...“

MICHAEL KIESSLING, MDB

Dr. Kappes: Das war ja eine lange Forderung von der CSU, die steuerlichen Abschreibungssätze zu verbessern.

Die sind ja z. Zt. nur verbessert bis zu max. 2.000,00 €/m² Baukosten, aber das hat für unsere Region hier wenig bis nichts geholfen, weil die Baukosten deutlich höher waren und sind.

Kießling: Das mit den 2.000,00 € war ein Beschluss der vergangenen Legislaturperiode mit einem Koalitionspartner, bei welchem wir uns leider nicht immer durchsetzen konnten. Damals hatten wir vorgeschlagen, dass man sich bei den Kostenobergrenzen zumindest nur auf die Baukostengruppen DIN 300 und 400 verständigt. Doch das war mit dem Koalitionspartner SPD nicht zu machen. Und deswegen sagen wir, wir müssen jetzt nochmals in den Abschreibungsbereich rein, insbesondere wegen des steigenden Zinses und dem Wegfall verbilligter Kredite.

Dr. Kappes: Nochmals zurück zum Baukindergeld. Diese Förderung, hat die hier im Landkreis auch was gebracht oder sind das nur bundesweite Zahlen?

Kießling: Allein bis zum Jahr 2021 sind über 12,4 Millionen Euro Baukindergeld im Bundeswahlkreis Starnberg – Landsberg am Lech erfolgreich beantragt worden.

Davon 7,6 Millionen Euro im Landkreis Landsberg und 4,8 Millionen Euro im Landkreis Starnberg. Hierzu habe ich auch viele positive Rückmeldungen von Familien erhalten, die sich sehr darüber gefreut haben.

Dr. Kappes: Nächstes Thema: Sozialer Wohnungsbau also direkte Förderung

von bezahlbarem Wohnraum. Die Meinung von Haus & Grund ist, dass da die staatliche Seite, angefangen von den Gemeinden, über die Landkreise und auch das Land Bayern (Stichwort Bayernheimbau, die vor 2 – 3 Jahren mal gegründet wurde) am Zug ist, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Weil die Privaten sowas – also für Geringverdiener und Sozialhilfeempfänger – nicht stemmen können.

Dr. Kappes: Was ist hier die aktuelle Lage, was passiert hier wirklich? Nach meiner Wahrnehmung hier im Landkreisgebiet nur ganz punktuell – einige Gemeinden machen schon was, aber es hängt immer davon ab, wie es betrieben wird. Hier in Landsberg, z. B. beim „sozialen Baufeld“ im Wiesengrund, wird seit Jahren nur geredet und geplant – stehen tut immer noch nichts!

Kießling: Das Land Bayern baut! Aber da haben wir die Herausforderung, dass das Ziel noch erfüllt werden muss, was man sich damals gegeben hat. Auch im Landkreis Landsberg ist man an dem Thema dran. Der Landkreis hat selbst Sozialwohnungen und zudem wurde jetzt auch vor kurzem in Schondorf wieder etwas gebaut. Grundsätzlich sind hierbei aber die Kommunen gefragt – und natürlich Privatinvestoren – die nicht nur ein bis zwei, sondern am besten zahlreiche Wohnungen bauen sollten. Aber: Nach wie vor ist dieses Thema in unserer Region eine Riesenherausforderung.

Dr. Kappes: Der Druck auf bezahlbaren, günstigen Wohnraum wird durch die Flüchtlingswelle aus der Ukraine weiter verschärft.

Kießling: Wir haben grundsätzlich die Herausforderung, günstige und bezahl-

bare Wohnungen für Familien zu schaffen. Selbst für den Normalverdiener, wenn man beispielsweise als Familie mieten muss, wird es schwierig, weil die großen Wohnungen nicht ausreichend zur Verfügung stehen. Das sieht bei kleineren Wohnungen anders aus. Davon gibt es am Immobilienmarkt mehr, weil diese schneller zu vermieten sind als 4-5 Zimmer-Wohnungen.

Dr. Kappes: Die jetzt mit der Kostenexplosion noch größer wird, weil „bezahlbares Bauen“ damit schwieriger bzw. unmöglich wird: Die privaten Bauherren werden sich da komplett rausziehen, weil man selbst einfachen Wohnraum, wenn man alle Vorschriften einhalten muss – Brandschutz und energetische Anforderungen – bei den heutigen Preisen nur noch mit ein paar Tausend Euro Einsatz pro m² bauen kann.

Kießling: Umso weniger verstehen wir unseren Wirtschaftsminister, der die KfW-Förderungen regelt. Nehmen wir zum Beispiel die Neubau-Förderprogramme KfW 55 und KfW 40 und das Förderchaos in diesem Jahr. Man hat gewusst, dass es zu Beginn des Jahres ausläuft. Und man hatte ausreichend Zeit gehabt, um zu regeln, wie eine sinnvolle Nachfolgelösung hätte aussehen können. Doch dann folgte ein Förderfiasco, dessen Auswirkungen auf dem Markt immer noch zu spüren sind.

Wenn wir also bezahlbare Wohnungen wollen und wenn wir aber zugleich Anforderungen an Gebäude in Bezug auf Klimaschutz stellen, dann muss ich als Regierung dafür Sorge tragen, dass der Bauherr, der hier mitmachen will, es sich auch leisten kann!

Dr. Kappes: Vor allen Dingen, wenn am Ende günstiger Wohnung rauskommen soll, und nicht nur wie oft Wohnungen im Hochpreissegment.

Kießling: Und wenn günstiger Wohnraum herauskommen soll, dann muss ich schauen, dass ich diese Mehraufwände, die ich durch gesetzliche Vorgaben mache, auch kompensiere.

Dr. Kappes: Danke für die Erörterungen dazu. Bevor wir zur Energie, zum aktuellen Thema kommen, noch eine kurze Frage zur Mietpreisbremsen-Thematik. Die letzten Jahre waren Mietenbremse oder gar -deckel sog. Buzzwords in der Politik!

Im Koalitionsvertrag steht eine weitere Absenkung der Kappungsgrenze drin – diese 15%-Geschichte in Gebieten mit gefährdeter Wohnraumversorgung. Haben Sie aktuelle Kenntnisse dazu aus Berlin und wie stehen Sie dazu?

Kießling: Zum Thema Mietpreisbremse weiß ich nicht, was die Koalition gerade plant – man hört zurzeit aber nichts davon. Aktuell sind es andere Themen, wie z. B. das Vorkaufsrecht, die diskutiert werden. Generell bin ich persönlich sehr vorsichtig, was Mietpreisbremsen betrifft. Wir haben zwar gesehen, dass es für

die Mieten einen gewissen Effekt hat. Weiter verschärfen würde ich die Bremsen aber nicht.

Dr. Kappes: Und ich darf die Investoren nicht verschrecken, indem ich die Preise reguliere, weil die sind ja eh schon durch das Mietrecht massiv reguliert.

Kießling: Das ist doch das Thema! Man wird doch wohl, wenn man das Risiko eingeht und ein Investment macht, davon ausgehen dürfen, dass daraus ein Ertrag erzielt wird.

Dr. Kappes: Mitglieder von uns, die zum Teil 10 Jahre und mehr nicht die Miete erhöht haben und dann zu uns kommen, sind durch Kappungsgrenzen – egal ob 15 % oder nur 11 % – doch die „Dummen“!

Kießling: Die Vermieter sind überwiegend anständige Vermieter. Dass es da mal Ausreißer gibt, ist so, aber ich darf nicht den Ausreißer als Standard de-

klarieren und danach meine Mietpolitik ausrichten.

Und wenn ich über bezahlbare Mieten rede, dann muss ich auch schauen, was unser Finanzamt macht – zum Beispiel wenn ich unter dem Mietspiegel vermiete. Denn da kann es sein, dass ich indirekt dazu gezwungen werde, die Mieten zu erhöhen, damit ich wieder abschreiben kann. Auch hier muss man an einer Lösung arbeiten.

Dr. Kappes: Dann wäre ich bei der Energiekrisen-Thematik, die natürlich alles momentan überlagert. Stehen Sie dazu, dass wir der Ukraine so stark beistehen, wie es alle europäischen Länder auch tun und die Amerikaner, wobei letztere ja nicht so stark geschädigt sind, wie wir?

Kießling: Wir sprechen von einem Angriffskrieg in Europa auf ein souveränes Land.

... weil es UNSERES bleibt.

Die VR-ImmoRente

Finanzielle Freiheit mit dem eigenen Zuhause.

vr-immorente.de
info@vr-ll.de
081912910
08191 29 10

Im Alter im eigenen Zuhause wohnen und dabei die finanzielle Freiheit genießen: Das schaffen Sie mit der VR-ImmoRente. Damit bleibt Ihr Zuhause zu 100% Ihr Eigentum - ohne Wenn und Aber. Und das mit freier Verwendung, individueller Auszahlung und frei gestaltbarer Rückführung. Ganz wie Sie es möchten.

VR-Bank
Landsberg-Ammersee eG

Dr. Kappes: Aber nicht Mitglied der EU und nicht Mitglied in der NATO!

Kießling: Wir wissen aber auch, dass die östlichen NATO- und EU-Länder eine gewisse Bedrohungslage haben. Deshalb ist es ganz wichtig, dass man hier klare Grenzen aufzeigt. Wir wissen allerdings auch, dass das Thema Sanktionen – wenn man auf den Gaspreis zurückkommt – nicht spurlos an uns vorübergeht. Das merkt jetzt jeder, begonnen bei den Lebensmittelpreisen bis hin zu den Energiepreisen.

Deshalb ist es wichtig, jetzt alle Optionen auf den Tisch zu legen und sehr zügig zu entscheiden. Für mich ist es zum Beispiel klar, dass wir die Laufzeiten der noch am Netz befindlichen Kernkraftwerke verlängern beziehungsweise in den Streckbetrieb gehen müssen.

Dr. Kappes: Die aktuelle Abhängigkeit von Russland – wie sehen Sie das im Rückblick: Die Nordstream-Geschichte 1 und 2, dass man da so einen hohen Anteil hat – was den meisten Bürgern jetzt erst bewusst wurde als es hieß, „Uuups“, wir haben um die 50 % unseres Gases aus dem Land, das jetzt einen Angriffskrieg unmittelbar am Rande Europas führt. Das ist natürlich nach 16 Jahren großer Koalition ein Thema.

Kießling: Jeder wollte günstige Energie haben und wir haben diese aus Russland bekommen. Das muss man so sagen! Zudem waren sie auch lange ein verlässlicher Partner. Und aus dem damaligen Blickwinkel heraus betrachtet, hat man gesagt, wenn wir mit Russland handeln, dann schaffen wir durch die wirtschaftliche Zusammenarbeit ein gewisses Vertrauensverhältnis, worauf

friedliche Strukturen beruhen könnten. So war die Hoffnung.

Dr. Kappes: Das Thema Mieterstrom höre ich seit vielen Jahren, Stromverkauf an die Mieter: Wie ist da der Stand – meines Wissens immer noch zu kompliziert?

Kießling: Das ist richtig, hier gibt es eindeutig Handlungsbedarf. Denn der Vermieter ist immer noch Stromanbieter mit allen Konsequenzen, von der Liefergarantie, über die Abrechnung bis hin zur Besteuerung.

Will man also die dezentrale und regionale Stromerzeugung fördern und am besten auf dem eigenen Haus Energie gewinnen, verbrauchen oder speichern, dann müssen die dazu bestehenden gesetzlichen Regularien – auch Steuergesetze – deutlich vereinfacht werden.

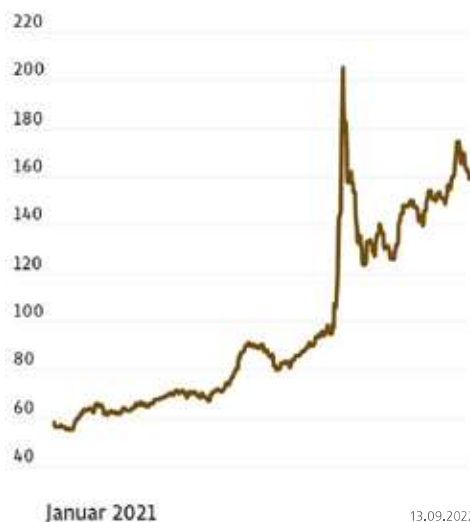
Dr. Kappes: Es gibt jetzt eine sog. Mittelenergiesicherungsverordnung der Bundesregierung, dass alles nicht so stark beheizt werden soll und dass der Vermieter nur noch 19 oder 20 Grad Wärme im Winter zur Verfügung stellen muss.

Kießling: Die Diskussionen die im Bundeswirtschaftsministerium z. B. über die Teilwarmmiete geführt werden, sind nicht hilfreich. Wenn der Vermieter nämlich für die Nebenkosten mitbezahlt, welchen Anreiz gibt es dann für die Mieter, Energie einzusparen?

Dr. Kappes: Kanzler Scholz soll sogar Befürworter einer Vollinklusivmiete sein...

Der aktuelle Heizölpreis

Heizölpreis im Bundesdurchschnitt, in Euro pro 100 Liter



Kießling: Ja, wenn das Wirtschaftsministerium tatsächlich an so etwas arbeitet, dann sage ich „Vorsicht“.

Dr. Kappes: Wie beurteilen Sie die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung, wie man jetzt mit der Krise umgegangen ist. Stichworte Erlass der CO₂-Abgaben auf Kraftstoffe (ist ja heute ausgelaufen), 9,00 €-Ticket und Energiepauschale?

Kießling: Die 300 €-Energiepreispause halte ich für sehr fragwürdig: Da wird mit der Gießkanne Geld ausgeschüttet, obwohl zielgerichtete Hilfen für kleinere und mittlere Einkommen sowie für das Handwerk und stark betroffene Unternehmen jetzt eigentlich notwendiger wären. Zudem kommen durch den steuerlichen Abzug in etwa nur zwei Drittel des Betrages beim Empfänger an.

Dr. Kappes: Ich als Arbeitgeber muss die Pauschale Sozialversteuern, mich kostet sie also ca. 340 €, meine Arbeitnehmer kriegen aber nur um die 200 € raus, also 100 € Abzug.

Kießling: Kurz zum Thema Tankkräft: Es war – wenn auch die Ausführung nicht komplikationslos verlief – schon wichtig, dass es diesen gegeben hat. Denn gerade bei uns im ländlichen

ZUR PERSON

Michael Kießling, Dipl.-Bauingenieur (FH), wurde im Herbst 2021 zum zweiten Mal als Direktkandidat der CSU in den Deutschen Bundestag gewählt und war von 2014 bis 2017 Bürgermeister der Gemeinde Denklingen. Er ist Mitglied des BT-Ausschusses „Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen“.

„Das Thema ‚Mieterstrom‘ höre ich seit vielen Jahren, Stromverkauf an die Mieter. Wie ist da der Stand? Meines Wissens immer noch viel zu kompliziert!“

DR. FLORIAN KAPPES, VORSTAND HAUS & GRUND LANDSBERG

Raum, wo viele auf das Auto angewiesen sind, war eine Entlastung bei den Kraftstoffpreisen dringend geboten. Aber – und da verstehe ich die Bundesregierung nicht – warum hat man sich den ganzen Sommer lang nicht darum gekümmert, Folgekosten zu erarbeiten?

Dr. Kappes: Die Gasumlage ist jetzt beschlossen mit 2,4 Cent + USt.-Absenkung beim gesamten Gasverbrauch von 19 auf 7%. Jetzt ist noch die Diskussion, was sind die „notleidenden Unternehmen“.

Kießling: Die amtierende Regierung hat einen großen Aufwand für zahlreiche fragwürdige Einzelmaßnahmen betrieben. Aber ein Gesamtkonzept, wie grundsätzlich mit dem Energieengpass und den steigenden Kosten umgegangen werden soll, sehe ich nicht.

Im Gegensatz dazu gibt es für mich einen klaren Fahrplan in dieser Zeit – einen Dreiklang, den wir gerade in der aktuellen Lage dringend verfolgen sollten: Erstens muss Energie eingespart werden, wo es nur möglich ist. Zwei-

tens müssen wir unsere Energie effizienter nutzen und drittens die regenerativen Energiequellen ausbauen – und zwar jede Form, die wir haben! Dabei ist mir besonders wichtig, technologieoffen und nicht mit ideologischen Scheuklappen vorzugehen!

Dr. Kappes dankt für das informative Gespräch am 01.09.2022 und wünscht viel Erfolg bei der Bewältigung der aktuellen Aufgaben in Berlin.

Aus Platzgründen musste das Gespräch gekürzt werden, eine vollständige Fassung finden Sie unter <https://haus-und-grund-landsberg.de/gespraech-mit-michael-kiessling/>

Wir sind die Wüstenrot Verkaufsleitung Muik.

Wir bieten **maßgeschneiderte Beratung** und **Finanzierungslösungen** zu den Themen:

- **Modernisierung**
- **Baufinanzierung**
- **staatliche Förderungen**
- Sonderprogramm: **Wohndarlehen Klima**
- **Sonderkonditionen für Beamte**
und **Gewerkschaftsmitglieder**
- Auswahl aus über **300 Banken**: Interhyp



**Wir sind da,
wo Sie uns brauchen.**

Ammersee **Igling** **Fuchstal**
Stadt Landsberg am Lech
Hofstetten **Denklingen**
Finning **Rott** **Pürgen**
Issing **Reichling** **Vilgertshofen**

Kontakt
Schongauer Str. 20
86899 Landsberg am Lech
Telefon: 08191 / 2511

Ihre persönlichen Ansprechpartner
■ **Jochen Muik**
■ **Helmut Rabe**
■ **Ludvig Rabe**